



Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

18.05.18 - Pressemitteilung 2018-13: BUND vergibt BauGB-Siegel

Mit einer neuen Aktion reagiert der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND Odenwald) auf die im Odenwaldkreis übliche umweltfeindliche Planungspraxis der Kommunen. Seit April verleiht der Umweltverband sein neues BauGB-Siegel – benannt nach dem für die Planung bedeutenden Baugesetzbuch (BauGB).

BUND-Sprecher Harald Hoppe: „Wir haben uns über Jahrzehnte hinweg mit Argumenten und fachlich fundierten Vorschlägen an den sogenannten 'Beteiligungen der Öffentlichkeit' zu über zweihundert Planungen im Kreisgebiet beteiligt. Unzählige Details wurden von uns genannt, die zu einer für die Umwelt besseren Planungslösung hätten führen können. Die Kommunen haben sich in 98% aller Fälle gegen unsere Vorschläge entschieden.“ Die meistgebrauchte Floskel der Parlamente lautete „Wir weisen die Vorschläge des BUND zurück.“ gefolgt von „Wir teilen die Auffassung des BUND nicht.“

Das Resultat dieser Praxis ist in jeder Kommune handgreiflich zu erfahren: Eine grenzenlose Ausdehnung von Bau- und Gewerbegebieten verunstaltet den Odenwaldkreis. Ein öffentliches Verkehrssystem ist nur für den Sonderfall 'Schülertransport' verwirklicht. Der Naturschutz wird in allen Verwaltungen als vernachlässigbare Luxusaufgabe für ein paar Querulanten abgetan. Die Planungen im Odenwaldkreis nach dem Baugesetzbuch erfüllen die im Gesetz enthaltenen guten und praktikablen Anforderungen nicht. Der Umweltverband beweist seit Jahresfrist die fast 30 Jahre andauernde systematische Ignorierung selbst der Bestimmungen, die in den Planungen der Vergangenheit zum Natur- und Umweltschutz aufgenommen worden waren.

Mit seinem neuen Gütesiegel will der Verband auf die mangelhafte Planungspraxis in den aktuellen Planungen aufmerksam machen. Die Grundlage des Siegels ist eine detaillierte Bewertung des jeweiligen Planentwurfs nach den Vorgaben, die der Gesetzestext von Baugesetzbuch und Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) enthält. Es entstand eine Beurteilungsmatrix mit 87 Kriterien des BauGB und 168 Kriterien des BNatSchG. Die Kriterien des BauGB können fünf Themen zugeordnet werden, die verschieden stark im Gesetz vertreten sind: Energie (2 Kriterien), Klima (4), Ausgleichsmaßnahmen (23), Flächennutzung (26) und Natur (31). Allein an dieser Auflistung erkennt man den Stellenwert, den Fragen des Naturschutzes und des Ausgleichs nach dem Willen des Gesetzgebers bei der Planung haben sollten. Je nachdem, ob ein Kriterium auf den jeweiligen Plan zutrifft oder nicht, wird eine Bewertung mit bis zu drei Punkten vorgenommen. Damit wird ausgedrückt, ob eine formale, gute oder sehr gute Erfüllung der gesetzlichen Anforderung im Plan realisiert wurde.

Das neue Instrument wurde im Odenwaldkreis bislang 5 mal angewendet. Die beste Wertung erhielt eine Planung in Oberzent und ein Plan in Brombachtal mit der Stufe F – der zweitschlechtesten auf der zehnteiligen Werteskala. BUND-Sprecher Harald Hoppe: „Wenn die Pläne im Odenwaldkreis Haushaltsgeräte wären, müssten wir wegen gravierender Mängel vom Kauf abraten. Die zum Teil mehrere 10.000€ teuren Pläne haben eine miserable Qualität, was den Natur- und Umweltschutz angeht.“ Von den in den Gesetzen genannten Kriterien bearbeiten die beiden am besten beurteilten Pläne gerade einmal 40%. Mehr als die Hälfte der gesetzlichen Anforderungen werden schlicht ignoriert. Das ist nicht selbstverständlich sondern darauf zurückzuführen, dass die Kommunen nur eine Auswahl unter drei Planungsbüros treffen, die den Umweltschutz nicht an die erste Stelle ihrer Arbeitsauffassung rücken. Es gibt genügend viele Büros, die Pläne der Qualitätsstufe A+++ zum selben Preis liefern, die Gemeinden müssen sie nur beauftragen. Zusätzlich ist den Parlamentariern zu raten, ihre Verwaltungen zu mehr Umwelt- und Naturschutz bei den Plänen anzuhalten. Wer miserable Qualität annimmt, belohnt die Hersteller – meint der BUND. Interessierte Bürgerinnen können sich die Bewertungen der Pläne aus ihrer Kommune vom BUND zusenden lassen (BUND.Odenwald@bund.net).